

Pressemitteilung

DKG zu den angekündigten Liquiditätshilfen

Krankenhäuser benötigen verlässliche Kostendeckung und keine Scheinlösungen

Berlin, 24. Oktober 2023 – Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) kritisiert die Pläne der Bundesregierung, den Krankenhäusern weiterhin keine Unterstützung zur Bewältigung der drastischen inflationsbedingten Mehrausgaben zukommen zu lassen. Die DKG weist darauf hin, dass es sich bei den im Rahmen des Krankenhaustransparenzgesetzes angekündigten Liquiditätshilfen nicht um zusätzlich bereitgestellte und dringend benötigte Kostenerstattung handelt, sondern bereits gegenüber den Krankenkassen bestehende Forderungen lediglich früher ausgezahlt werden. Dazu erklärt der Vorstandsvorsitzende der DKG Dr. Gerald Gaß:

„Bei den versprochenen Liquiditätshilfen handelt es sich nicht um zusätzliches Geld, das den Krankenhäusern zur Verfügung gestellt wird. Es sollen lediglich Gelder früher ausgezahlt werden, die den Kliniken für ihre Leistungen ohnehin zustehen. Dabei geht es vor allem um Zahlungen für Gehälter der Pflegekräfte. Diese werden aus den Pflegebudgets beglichen. Der Abschluss dieser Pflegebudgets wird seit Jahren durch die destruktive Verhandlungsstrategie der Kostenträger verschleppt. Auch der nun eingeführte Mindererlösausgleich im Pflegebudget muss erst in schwierigen Verhandlungen mit den Kassen realisiert werden. Ob das Geld dadurch schneller fließt, bleibt abzuwarten. Die Krankenhäuser bzw. ihre Beschäftigten erhalten also Geld, das ihnen für ihre geleistete Arbeit per Gesetz ohnehin längst zusteht.“

Das ändert natürlich nichts am Grundproblem der strukturellen Unterfinanzierung der Krankenhäuser, das durch die nicht ausgeglichenen inflationsbedingten Kostensteigerungen noch einmal verschärft wurde. Die Krankenhäuser stehen kurz vor einem Gesamtdefizit von zehn Milliarden Euro. Diese Summe gilt es auszugleichen. Es nützt nichts, wenn uns heute Geld ausgezahlt wird, das dann morgen wieder fehlt. Die Krankenhäuser benötigen einen vollen Inflationsausgleich, um die klaffende Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder zu schließen

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schilonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SEKRETARIAT
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.twitter.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

und die Insolvenzgefahr zu bannen. Die Länder haben längst verstanden, dass die wirtschaftliche Schieflage der Krankenhäuser die Patientenversorgung bedroht und drängen deshalb auf ein wirkungsvolles Vorschaltgesetz. Der Hinweis des Bundesgesundheitsministers auf ohnehin notwendige Strukturveränderungen ist weder Angebot noch Lösung, sondern das Eingeständnis des aktuellen politischen Versagens.“

Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.887 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2020) und rund 21 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeitern. Bei 127 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.